

KONJUNKTURREPORT

26. Jg., Ausgabe 1, März 2026

Konjunkturerholung bleibt fragil

Im vierten Quartal 2025 hat sich das moderate Wachstum der **Weltwirtschaft** fortgesetzt, die sich damit weiterhin gegenüber den Belastungen durch die US-Zollpolitik robust zeigte. Gemäß Daten des niederländischen CPB stieg der Welthandel um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal. Dabei gingen die Einfuhren der USA infolge der Importzölle weiter zurück, während vor allem China und andere asiatische Länder ihre Ausfuhren deutlich steigern konnten, was insbesondere auf die Exporte von Hochtechnologiegütern aufgrund des anhaltenden Booms im Bereich der Künstlichen Intelligenz zusammenhing. Im Gesamtjahr 2025 stieg der Welthandel um 4,4 %. Auch die globale Industrieproduktion blieb aufwärts gerichtet. Sie stieg im vierten Quartal um 0,9 % gegenüber dem Vorquartal und im Jahresdurchschnitt um 3,2 %. Vor allem in den Schwellenländern blieb die Expansion der Industrieproduktion kräftig, aber auch die fortgeschrittenen Volkswirtschaften verzeichneten ein moderates Wachstum. Auch nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA vom 20. Februar 2026, wonach der größte Teil der von US-Präsident Trump verhängten Importzölle illegal sind, bleibt die handelspolitische Unsicherheit hoch, zumal der Präsident unmittelbar neue Zölle von zunächst 10 % und später 15 % auf alle US-Einfuhren angekündigte. Ausnahmen für einzelne Produktgruppen und auf der anderen Seite höhere sektorale Zollsätze bleiben bestehen. Die neuen Zölle können ohne Einbeziehung des US-Kongresses bis 24. Juli bestehen bleiben.

In den **USA** stieg die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 0,4 % (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) und im Gesamtjahr 2025 um 2,2 %. Dies war das niedrigste Wachstum seit dem Corona-bedingten Rückgang im Jahr 2020. In **China** blieb das Wachstum mit 1,2 % im vierten Quartal bzw. 5,0 % im Gesamtjahr 2025 robust. Getragen wurde die Konjunktur bei schwacher Inlandsnachfrage durch die Exporte, wobei rückläufige Ausfuhren in die USA durch höhere Exporte in andere asiatische Länder, nach Afrika und nach Europa ausgeglichen wurden. In **Japan** und dem **Vereinigten Königreich** war die Konjunktur mit Zuwächsen von jeweils 0,1 % im vierten Quartal schwach. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich die Wirtschaftsleistung

in Japan um 1,1 % und im Vereinigten Königreich um 1,3 %. Einer ersten Schätzung zufolge stieg das saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der **EU27** im vierten Quartal um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Im Jahresdurchschnitt nahm die Wirtschaftsleistung auf Basis dieser Daten um 1,6 % zu. Im **Euroraum** stieg das BIP im vierten Quartal ebenfalls um 0,3 % und im Gesamtjahr um 1,5 %. Seit 1.1.2026 gehören dem Euroraum mit dem Beitritt Bulgariens 21 Länder an. Die Inflationsrate sank im Jänner im Euroraum auf 1,7 %. Die Energiepreise sanken kräftig und bei den Dienstleistungen ließ die Teuerung etwas nach.

In **Österreich** ist einer Schnellschätzung zufolge das saisonbereinigte BIP im vierten Quartal um 0,2 % gestiegen, nach 0,4 % im dritten Quartal. Positive Wachstumsbeiträge kamen vom privaten und dem öffentlichen Konsum sowie vom Außenhandel, da die Exporte stärker als die Importe zunahm. Die Anlageinvestitionen sanken hingegen. Auf der Entstehungsseite stieg die Wertschöpfung in fast allen Dienstleistungsbereichen, besonders kräftig in den öffentlichen. In der Industrie ging die Produktion leicht, im Bauwesen deutlich zurück. Für das Gesamtjahr 2025 ergibt sich auf Basis der saisonbereinigten Daten ein BIP-Wachstum von 0,6 %. Die Inflation sank im Jänner deutlich auf 2,0 %.

Für die **Bundesländer** liegen aktuell Produktionsdaten bis November, für Österreich insgesamt bis Dezember 2025 vor. Im Durchschnitt der ersten elf Monate war die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in **Kärnten** um 1,6 % niedriger, in ganz Österreich dagegen um 1,9 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Hochbau sank im Durchschnitt der ersten elf Monate die Produktion in Kärnten um 2,0 % und in ganz Österreich um 1,8 %. Im Tiefbau sank die Produktion in Kärnten um 0,3 %, während sie in Österreich insgesamt kräftig um 9,6 % zunahm.

Wie in Österreich insgesamt dürfte in Kärnten die Wirtschaftsleistung im laufenden und im kommenden Jahr jeweils um rund 1 % zunehmen. Der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie in den vergangenen Jahren und die hohe handelspolitische Unsicherheit belasten Exporte, Investitionen und Industrieproduktion. Konsum und Dienstleistungen sollten dagegen von steigenden Realeinkommen infolge der niedrigeren Inflation profitieren.

Klaus Weyerstraß

Kommentar: Wirtschaftsgeographische Perspektiven auf die Koralmbahn

Seit einigen Monaten ist die Koralmbahn in Betrieb. Über ihre möglichen Auswirkungen wird intensiv diskutiert. Bei Infrastrukturprojekten dieser Größenordnung, die zahlreiche Bereiche von der Wirtschaft bis zum alltäglichen Leben betreffen, lassen sich die Effekte jedoch nur eingeschränkt vorhersagen; ihre volle Tragweite wird sich vermutlich erst in den kommenden Jahrzehnten zeigen. Im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte stehen vor allem wirtschaftliche Aspekte. Da die Koralmbahn zugleich einen tiefgreifenden Eingriff in die räumliche Struktur darstellt, erscheint es sinnvoll, auch ihre wirtschaftsgeographischen Auswirkungen, also Veränderungen in der räumlichen Verteilung wirtschaftlicher Aktivitäten, zu betrachten.

Erstens beeinflusst die neue Verbindung die Größe und Struktur des Arbeitsmarktes. Durch die Koralmbahn wachsen die Arbeitsmärkte Kärntens und der Steiermark stärker zusammen. Ein größerer, integrierter Arbeitsmarkt ist insbesondere für hochqualifizierte und spezialisierte Fachkräfte bedeutsam. Diese leben häufig in Partnerschaften mit ebenfalls hochqualifizierten Personen, die ebenfalls eine adäquate Beschäftigung suchen. Je größer und vielfältiger der Arbeitsmarkt ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass beide Partner passende Stellen finden. Für die Region erhöht dies die Attraktivität als Lebens- und Arbeitsstandort; für Unternehmen verbessert sich die Möglichkeit, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

Zweitens ist zu erwarten, dass sich die funktionale Differenzierung zwischen Graz und Klagenfurt weiter verstärkt. Bereits heute finden Wohnen, Arbeiten, Bildung, Einkaufen sowie Freizeit- und Kulturaktivitäten an sehr unterschiedlichen Orten statt. Mit der Koralmbahn erweitert sich der räumliche Aktionsradius für diese Aktivitäten. Dadurch könnten sich bestimmte Funktionen räumlich stärker konzentrieren und spezialisieren. Die von Peter Mandl im Kommentar des Konjunkturreports von Dezember 2025¹ beschriebene Ausdifferenzierung des Freizeitverhaltens in den Raum Klagenfurt sowie die stärkere Abend- und Kulturorientierung nach Graz sind Beispiele für solche Entwicklungen. Vergleichbare Prozesse sind auch in den Bereichen Wohnen, Bildung und Arbeit erwartbar. Mit dieser Ausdifferenzierung der Aktionsräume geht typischerweise die Veränderung von Strukturen einher: Starke Bereiche können weiter an Bedeutung gewinnen, während andere an Relevanz verlieren. Diese Veränderungen aktiv zu

gestalten, wird eine zentrale Herausforderung für Politik und Planung darstellen.

Drittens stellt sich die Frage, wie sich die von der Koralmbahn ausgehenden ökonomischen Impulse räumlich verteilen und wie sie gezielt genutzt werden können. Viel diskutiert wurde bereits die Notwendigkeit, die Bahnhöfe effizient mit ihrem Umland zu verknüpfen. Weniger Beachtung findet bislang ein weiterer wichtiger Faktor: das Mietniveau. Wenn eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur einen kleineren mit einem größeren Standort verbindet, wie im Fall von Klagenfurt und Graz, profitiert nicht automatisch der größere Ort. Entwicklungsimpulse können sich durchaus auf den kleineren Standort konzentrieren. Ein Beispiel ist Malmö, das über die Öresundbrücke mit Kopenhagen verbunden wurde. Dort spielten jedoch deutlich niedrigere Mieten in Malmö im Vergleich zu Kopenhagen eine wichtige Rolle für die Entwicklungsdynamik. Ein solcher Kostenvorteil besteht zwischen Klagenfurt und Graz derzeit nicht. Soll die Koralmbahn gezielt wirtschaftliche Impulse in Klagenfurt und seinem Umland verstärken, könnte daher auch die Entwicklung leistbarer Wohnmieten ein zentraler Ansatzpunkt der Förderung der ökonomischen Entwicklung Klagenfurts und Kärntens sein.

Max-Peter Menzel
*Univ.-Prof. Dr. Max-Peter Menzel ist Vorstand
des Instituts für Geographie und Regionalforschung
der Universität Klagenfurt*

¹ https://kihs.at/konjunkturreport/Konjunkturreport_Dez_2025.pdf

Kommentar: Buy European?

„Buy European“ und die vor allem von Frankreich propagierte „Made in Europe“-Initiative klingen wie ein nüchterner industriepolitischer Reflex auf eine rauer gewordene Welt. Doch bei genauerer Betrachtung sind diese Initiativen vor allem Spiegel einer protektionistischen Logik, die Europa kürzlich noch empört zurückgewiesen hat („Made in China“, „Buy American“, „Buy Canadian“). Was als ökonomischer Nationalismus kritisiert wurde erscheint heute als strategische Vernunft. Diese Wendung ist kein Zeichen neuer Stärke, sondern Ausdruck wachsender Unsicherheit und eines fundamentalen Missverständnisses über die Quellen unseres Wohlstands.

So plant die Europäische Kommission mit ihrem *Industrial Accelerator Act*, Subventionen künftig an lokale Wertschöpfungsanteile zu knüpfen, z.B. indem mindestens 70 % der Komponenten von Elektrofahrzeugen innerhalb der EU produziert werden sollen.

Europa ist kein autarker Wirtschaftsraum, sondern ein komplex verflochtenes Netzwerk offener Märkte, globaler Lieferketten und grenzüberschreitender Innovation. Der Binnenmarkt selbst ist ein Produkt dieser Offenheit. Wer glaubt, mit „Buy European“ industrielle Souveränität fördern zu können, riskiert genau die Strukturen zu beschädigen, die Europas Wettbewerbsfähigkeit bisher ausgemacht haben. Protektionismus à la „Buy European“ mag kurzfristig Sicherheit vorkaukeln, langfristig führt es zu struktureller Versteinerung.

Solche Initiativen versprechen Arbeitsplätze, technologische Unabhängigkeit und strategische Resilienz. Doch diese Narrative unterschlagen die damit verbundenen ökonomischen Kosten. Wenn öffentliche Aufträge primär an europäische Anbieter gebunden werden, steigt tendenziell der Preis, sinken Auswahl und Wettbewerb und es verengt sich der Innovationsraum. Am Ende zahlen Konsumenten und Steuerzahler die Rechnung für eine Politik, die symbolische Souveränität über reale Effizienz stellt.

Innovationsökonomisch ist die protektionistische Wende äußerst riskant. Wettbewerb und internationale Offenheit sind zentrale Triebkräfte technologischer Dynamik. Staatlich geschützte Unternehmen verlieren den Anpassungsdruck und Subventionen ersetzen Marktfeedback. Ressourcen fließen dann nicht in die produktivsten Ideen, sondern in politisch priorisierte Branchen, mit dem paradoxen Ergebnis, dass Europa industrielle Kapazitäten aufbaut, gleichzeitig aber technologische Führung verliert.

Die Befürworter verweisen zu Recht auf geopolitische Risiken. Doch aus der berechtigten Forderung nach Resilienz wird schnell ein Argument für Abschottung. Strategische Industriepolitik wie

beispielsweise beim Aufbau kritischer Infrastruktur ist sinnvoll, solange sie Offenheit mit Diversifizierung kombiniert. Protektionismus hingegen zielt auf Abschirmung von Marktkräften.

Einmal eingeführte Schutzmechanismen entwickeln zudem eine eigene politische Dynamik. Subventionen und regulatorische Vorteile schaffen mächtige Interessengruppen, die ihren Status verteidigen. Reformen werden zunehmend schwieriger, ineffiziente Strukturen verfestigen sich. Die Wirtschaftspolitik gerät in einen Lock-in, in dem politische Überlegungen ökonomische Rationalität verdrängen. Auch in der österreichischen Industriestrategie ist der gleiche Protektionismus vorgesehen. Landwirtschaft (Mercosur) und Energiepolitik (bilanziell 100 % erneuerbare Stromerzeugung) dienen dafür als Fallstudien.

Besonders deutlich zeigt sich dieses Dilemma in der Debatte um technologische Souveränität. Europa möchte eigene Kapazitäten bei Halbleitern, Batterien oder KI aufbauen. Souveränität entsteht nicht durch Abschottung, sondern durch die Fähigkeit, globale Netzwerke mitzugestalten. Mehr Autonomie erfordert *mehr* gegenseitige Abhängigkeit (tiefere Integration).

Auch klimapolitisch zeigt sich die Ambivalenz protektionistischer Instrumente. So wird der EU-Klimazoll CBAM als Schutz vor Carbon Leakage präsentiert. Doch in der Praxis droht er zu einem Bürokratiemonster zu werden, das Handelspartner verärgert, Unternehmen selektiv belastet und den globalen Klimaschutz kaum fördert.

Hier offenbart sich die eigentliche Paradoxie: Europa, dessen Wohlstand historisch auf offenen Märkten basiert, flirtet mit einer Politik, die genau diese Offenheit infrage stellt. Der Reflex ist verständlich in einer Welt, in der Großmächte industriepolitisch aufrüsten. Wer protektionistische Instrumente kopiert, übernimmt auch deren unerwünschte Nebenwirkungen wie ineffizienten Einsatz von Produktionsfaktoren, Innovationshemmnisse und internationale Spannungen.

„Buy European“ wird sich als populistische, ökonomisch jedoch selbstschädigende Strategie erweisen und der Versuch, Unsicherheit durch Kontrolle zu kompensieren, Wachstum schwächen. Die Alte Welt steht vor einem strategischen Dilemma: Sie will sich schützen, ohne sich zu verschließen. Gelingt diese Balance nicht, droht der Kontinent in eine defensive Wirtschaftspolitik abzurutschen, die Sicherheit verspricht, aber Dynamik opfert. Es droht eine schleichende Transformation des europäischen Modells weg vom wettbewerbsgetriebenen Binnenmarkt hin zu einem politisch gesteuerten Industriekomplex. Das wäre nicht strategische Autonomie, sondern eine Abkehr von den Prinzipien, die Europas Wohlstand erst ermöglicht haben. Von einem *¡Viva la libertad, carajo!* (Javier Milei) will man in Europa nichts wissen.

Norbert Wohlgemuth

Kommentar: Ein „irrsinniges Prinzip“

Der globale Erdölmarkt erfährt gerade wieder einmal viel Aufmerksamkeit, aber auch die Diskussion um die Merit-Order im Strommarkt hat durch die aktuellen energiepolitischen Vorschläge in Italien neue Dynamik erhalten. Die Idee, die Preisbildung am Großhandelsmarkt zu verändern und die Abhängigkeit vom Gaspreis zu reduzieren, berührt den Kern der europäischen Strommarktarchitektur. Ein ökonomischer Blick zeigt, dass die Merit-Order zwar kurzfristig Preisspitzen verstärken kann, langfristig aber zentrale Effizienzvorteile besitzt und Eingriffe daher sorgfältig abgewogen und nicht Populisten überlassen werden sollten.

Die Merit-Order erklärt, warum Strompreise in Europa trotz steigender Anteile erneuerbarer Energien mit fast vernachlässigbaren Grenzkosten eng an die Gaspreisentwicklung gekoppelt bleiben. Dieses System ist effizient, weil es sicherstellt, dass stets die günstigsten verfügbaren Produktionskapazitäten verwendet und knappe Ressourcen zur Stromerzeugung optimal eingesetzt werden. Wenn allerdings Gaskraftwerke, die nur einen geringen Anteil der Elektrizität produzieren, den Preis für alle festlegen, entstehen Renten für günstigere Erzeuger. Diese Gewinne stellen kein Marktversagen dar, sondern ein erwartbares Marktergebnis, das Investitionsanreize für erneuerbare Energien schaffen soll. Politisch wirken sie jedoch wie „Übergewinne“, wenn sich Verbraucher gleichzeitig hohen Strompreisen gegenübersehen.

Vor diesem Hintergrund prüft Italien eine Reform, die darauf abzielt, den Einfluss der Gaspreise auf den Strompreis zu reduzieren. Ökonomisch lässt sich dies als Versuch interpretieren, die Preiskopplung zwischen Strom- und Gasmärkten zu lockern und derart Preisschwankungen zu dämpfen. Ein ähnlicher Ansatz wurde zeitweise in Spanien verfolgt, wo ein Gaspreisdeckel eingeführt wurde, um die Strompreise zu stabilisieren. Auch im Vereinigten Königreich griff man in den Markt ein, indem Subventionen teilweise in den allgemeinen Staatshaushalt verschoben wurden. In Österreich glaubt wohl nur der Finanzminister, dass das zusätzliche Melken von staatlichen Unternehmen zur Finanzierung niedrigerer Strompreise das Budget nicht belastet. Diese Maßnahmen zeigen, dass politische Interventionen oft kurzfristig auf Preisniveaus abzielen, während die Merit-Order strukturelle Effizienz verfolgt.

Ein zentraler Zielkonflikt liegt zwischen statischer Effizienz und dynamischen Investitionsanreizen. Wird die Merit-Order aufgeweicht, sinken kurzfristig die Preise für Verbraucher. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Preissignale für Investitionen in flexible Kapazitäten oder erneuerbare

Energien verzerrt werden. Wenn Gaspreise nicht mehr vollständig im Strompreis reflektiert werden, verlieren Marktteilnehmer wichtige Informationen über Knappheit und Systemkosten. Langfristig könnte dies zu zu niedrigen Investitionen in flexible Backup-Kapazitäten führen, was ein Risiko für Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung darstellt.

Strompreise bilden sich in einem zunehmend integrierten europäischen Markt. Nationale Reformen können daher externe Effekte generieren: Senkt z.B. ein Land mittels Markteingriffen seine Großhandelspreise, können Exportströme zunehmen, wodurch ein Teil der Preisentlastung ins Ausland abfließt. Gleichzeitig steigen die fiskalischen Kosten der Maßnahme, ohne dass ausschließlich inländische Verbraucher profitieren. Das reduziert die Effizienz nationaler Alleingänge und spricht für koordinierte Reformen statt fragmentierter Eingriffe.

Relevant ist die auch Frage der Kostenverteilung von CO₂-Zertifikaten. Wenn Stromproduzenten für CO₂-Kosten kompensiert werden und diese nicht vollständig an Verbraucher weitergeben, verschiebt sich die Last vom Marktmechanismus hin zu staatlicher Finanzierung oder Regulierung. Das mag politisch attraktiv erscheinen, mindert aber die Preissignale für Emissionsreduktion. Aus Sicht der Umweltökonomik ist der CO₂-Preis gerade deshalb wirksam, weil er Knappheit widerspiegelt und Investitionen in emissionsarme Technologien lenkt. Eine Entkopplung könnte somit die Wirksamkeit der zunehmend zahnlosen europäischen Klimapolitik weiter reduzieren.

Alternative Marktmodelle wie Kapazitätsmechanismen oder *Contracts for Difference* (CfDs) gewinnen an Bedeutung. Diese Instrumente können Preisstabilität und Investitionssicherheit erhöhen ohne das Grenzkostenprinzip aufzugeben. Die Herausforderung besteht daher nicht in der Abschaffung der Merit-Order, sondern in ihrer Weiterentwicklung. Eine mögliche Reform könnte darin bestehen, kurzfristige Grenzkostenpreise mit langfristigen Absicherungsinstrumenten zu kombinieren. So bliebe ein effizienter Einsatz des Kraftwerkparcs erhalten, während Verbraucher und Investoren vor extremen Preisschwankungen geschützt würden.

Der gegenwärtige Preisbildungsmechanismus stellt – entgegen der Einschätzung des Vizekanzlers – ein sinnvolles Prinzip dar. Reformen sollten daher nicht primär auf kurzfristige Preisentlastung zielen, sondern langfristige Allokationseffizienz, Investitionsanreize und Integration der europäischen Energiemärkte berücksichtigen. Nur so lässt sich der Zielkonflikt zwischen leistbarer Elektrizität, Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung dauerhaft auflösen.

Norbert Wohlgemuth

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Belegte ordentliche Studien an österreichischen Universitäten nach Ausbildungsfachrichtung, Geschlecht und Staatszugehörigkeit
Wintersemester 2024/25

Ausbildungsfachrichtung	Belegte Studien	Frauenanteil (in %)	Ausländer/-innenanteil (in %)
Pädagogik	25.204	69,2	15,2
Geistesw. und Künste	36.118	66,4	33,5
Sozialwissenschaften, Journalismus und Informationswesen	33.004	64,5	46,5
Gesundheit und Sozialwirtschaft	21.681	60,7	32,2
Landw., Forstw., Fischerei und Tiermedizin	4.298	61,5	31,8
Wirtschaft, Verwaltung und Recht	61.493	53,7	28,9
Naturw., Mathematik und Statistik	38.192	51,4	34,6
Sonstiges	535	52,5	36,1
Dienstleistungen	2.498	49,8	34,7
Ingenieurwesen, verarb. Gewerbe und Baugewerbe	38.180	35,9	38,2
Informatik und Kommunikationstechnologie (IKT)	20.575	22,2	39,6
Gesamt	281.778	53,6	33,6

Quelle: IKT-Statusreport 2025, KIHS

Studienabschlüsse an österreichischen Universitäten nach Ausbildungsfachrichtung, Geschlecht und Staatszugehörigkeit
Studienjahre 2018/19-2023/24

Ausbildungsfachrichtung	Absolvierte Studien	Frauenanteil (in %)	Ausländer/-innenanteil (in %)
Pädagogik	24.039	74,4	14,3
Geistesw. und Künste	20.151	72,2	31,2
Sozialwissenschaften, Journalismus und Informationswesen	30.920	67,9	45,8
Gesundheit und Sozialwirtschaft	14.895	60,3	28,7
Landw., Forstw., Fischerei und Tiermedizin	3.390	60,5	32,2
Wirtschaft, Verwaltung und Recht	41.281	53,8	24,3
Naturw., Mathematik und Statistik	28.068	50,1	28,8
Sonstiges	289	48,1	32,9
Dienstleistungen	2.198	47,7	36,6
Ingenieurwesen, verarb. Gewerbe und Baugewerbe	30.788	32,4	27,2
Informatik und Kommunikationstechnologie (IKT)	9.475	18,4	26,0
Gesamt	205.494	55,3	28,8

Quelle: IKT-Statusreport 2025, KIHS

Belegte ordentliche Studien an österreichischen Fachhochschulen nach Ausbildungsfachrichtung, Geschlecht und Staatszugehörigkeit
Wintersemester 2024/25

Ausbildungsfachrichtung	Belegte Studien	Frauenanteil (in %)	Ausländer/-innenanteil (in %)
Wirtschaft / Verwaltung / Recht	19.431	59,8	17,5
Ingenieurwesen, verarb. Gewerbe und Baugewerbe	12.703	28,3	16,4
Gesundheit und Sozialwirtschaft	15.524	79,4	4,4
Geistesw. und Künste	2.063	56,9	18,4
Dienstleistungen	1.371	44,9	24,0
Naturw., Mathematik und Statistik	829	61,3	5,1
Sozialwissenschaften, Journalismus und Informationswesen	1.018	73,2	8,8
Landw., Forstw., Fischerei und Tiermedizin	132	28,8	1,5
Informatik und Kommunikationstechnologie (IKT)	8.166	26,6	8,4
Gesamt	61.237	53,5	12,5

Quelle: IKT-Statusreport 2025, KIHS

Studienabschlüsse an österreichischen Fachhochschulen nach Ausbildungsfachrichtung, Geschlecht und Staatszugehörigkeit
Studienjahre 2018/19-2023/24

Ausbildungsfachrichtung	Absolvierte Studien	Frauenanteil (in %)	Ausländer/-innenanteil (in %)
Wirtschaft / Verwaltung / Recht	35.722	61,6	22,1
Ingenieurwesen, verarb. Gewerbe und Baugewerbe	21.510	26,4	22,2
Gesundheit und Sozialwirtschaft	21.741	80,7	8,6
Geistesw. und Künste	3.457	52,1	21,1
Dienstleistungen	2.262	47,1	14,9
Naturw., Mathematik und Statistik	1.552	58,7	11,9
Sozialwissenschaften, Journalismus und Informationswesen	1.803	74,3	11,6
Informatik und Kommunikationstechnologie (IKT)	9.621	22,3	14,3
Gesamt	97.668	53,7	17,8

Quelle: IKT-Statusreport 2025, KIHS

Makroökonomische Indikatoren
2026

	BIP Wachstum (%)	Inflation (%)	Arbeitslosenquote, (%)*	Leistungsbilanz (% BIP)	Budgetbilanz (% BIP)
USA	2,3	3,0	4,3	-3,5	-6,5
China	4,6	0,9	5,2	2,7	-5,7
Japan	0,8	1,7	2,6	4,3	-3,3
Großbr.	1,2	2,5	5,2	-2,6	-5,0
Kanada	1,4	2,4	6,5	-1,0	-2,2
Euroraum	1,3	2,0	6,2	2,4	-3,3
Österr.	1,0	2,3	5,8	1,0	-4,2
Frankr.	1,1	1,4	7,7	-0,3	-5,2
Deutschl.	1,0	2,2	3,8	4,6	-3,8
Italien	0,8	1,5	5,6	1,4	-2,9
Spanien	2,0	2,2	10,0	2,3	-2,6
Schweiz	1,1	0,4	2,9	2,7	0,2
Schweden	2,4	1,3	8,6	5,5	-1,9
Dänemark	1,9	1,5	2,9	11,5	1,3
Argentinien	3,0	28,6	6,6	-2,0	0,4
Brasilien	1,8	4,0	5,1	-2,8	-7,1
Chile	2,2	3,0	8,1	-2,0	-1,7
Mexiko	1,4	3,7	2,6	-0,5	-3,8
Kolumbien	2,7	5,7	8,0	-2,7	-6,5

*aktuellster verfügbarer Monatswert
Quelle: The Economist; 28. Februar 2026
eigene Darstellung KIHS

Arbeitnehmer:innen nach Beschäftigungsmaß, Geschlecht und Bundesland
2024

	Vollzeitbeschäftigung in %		Teilzeitbeschäftigung in %	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Burgenland	44,1	22,4	7,0	25,1
Kärnten	44,4	22,4	7,2	24,6
Niederösterreich	43,7	22,0	8,0	24,4
Oberösterreich	44,9	19,5	8,0	26,3
Salzburg	43,3	22,3	7,9	25,2
Steiermark	43,8	20,9	8,7	25,3
Tirol	43,0	21,6	8,3	25,5
Vorarlberg	43,8	21,6	7,3	25,7
Wien	37,9	24,2	13,8	22,4
Insgesamt	43,1	21,6	9,5	24,1

Quelle: Statistik Austria; Statistik der Lohnsteuer 2024;
eigene Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Universitätsstraße 65-67
9020 Klagenfurt
E-Mail: office@kihs.at
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 2.3.2026

Durchschnittliche Bruttobezüge der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer:innen 2024 – nach wirtschaftlicher Aktivität (ÖNACE 2008)
Durchschnittliche Bruttobezüge in Euro

	Männer	Frauen	insgesamt
Land- und Forstwirtschaft	45.561	36.569	43.321
Bergbau	84.765	85.776	84.876
Herstellung von Waren	67.769	53.753	65.124
Energieversorgung	92.022	71.300	88.534
Wasserversorgung und Abfallentsorg.	57.635	53.308	57.115
Bau	56.215	52.763	55.950
Handel	61.003	48.698	56.589
Verkehr	59.040	52.338	57.945
Beherbergung und Gastronomie	38.875	35.104	37.135
Information und Kommunikation	87.979	69.696	83.350
Finanz und Versicherungsdienstl.	101.636	74.591	90.844
Grundstücks- und Wohnungswesen	75.539	57.656	67.077
Freiberufliche / technische Dienstl.	91.259	63.569	79.589
Sonst. wirtschaftliche Dienstleist.	49.879	42.974	47.643
Öffentl. Verwaltung Erziehung/Unterr. Gesundheit/Sozial	74.212	63.498	68.314
Kunst, Unterhaltung, Erholung	65.807	51.681	60.517
Sonstige Dienstl.	65.923	47.816	56.483
Private Haushalte / extraterritoriale Organisationen	67.599	60.393	63.964
unbekannt	78.109	64.591	74.803
Insgesamt	67.278	57.228	63.918

Quelle: Statistik Austria; Statistik der Lohnsteuer 2024;
eigene Darstellung KIHS

Durchschnittliche monatliche Nettobezüge ganzjährig Vollzeitbeschäftigter nach sozialer Stellung
2023

	Lt. Lohnsteuerstatistik in Euro		Nach Arbeitnehmerveranlagung in Euro	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Lehrlinge	1.076	947	1.136	1.006
Arbeiter und Arbeiterinnen	2.263	1.828	2.338	1.873
Angestellte	3.793	2.824	3.842	2.853
Beamte und Beamtinnen	3.700	3.593	3.739	3.613
Vertragsbedienstete	3.085	2.775	3.121	2.800
Personen mit sonstigen Aktivbezügen	4.042	3.877	4.007	3.872
Insgesamt	3.069	2.642	3.127	2.674

Durch die Arbeitnehmerveranlagung erhöhte sich der durchschnittliche Nettobezug bei Männern um 1,9 % und bei Frauen um 1,2 %.

Quelle: Statistik Austria; Arbeitnehmerveranlagung;
eigene Darstellung KIHS